

nung und Landesentwicklung zu erfüllen.

Die Aufgabe der Politiker wird es sein, abzuwägen, welche Streckenführung auch in Zukunft über das von der DB vorgeschlagene wirtschaftlich optimale Netz hinaus aus anderen Gründen erforderlich bleibt. Dabei wird zu überlegen sein, ob auf die eine oder andere Strecke verzichtet werden kann, sofern eine vernünftige Straßenanbindung vorhanden ist. Ob es möglich ist, einzelne Streckenabschnitte in kommunale Regie zu übernehmen, bedarf noch sehr sorgfältiger Prüfung.

Die SPD-Landtagsfraktion wird unter Berücksichtigung der landespolitischen Notwendigkeiten gegenüber dem Bund ihr Gewicht geltend machen, wenn es darum geht, die für das Land Nordrhein-Westfalen wichtigen Strecken im Netz der Bundesbahn zu erhalten. Dies gilt um so mehr, wenn durch die Stilllegungsabsichten der DB erhebliche Auswirkungen auf die Sicherheit der Arbeitsplätze befürchtet werden müssen.

F.D.P.: Diskussionsgrundlage zur Sanierung der Bahn

Die F.D.P.-Abgeordnete Mechthild von Alemann erklärt:

Die sich ständig erweiternde Schere zwischen Kosten und Erträgen in den letzten Jahren – Zuschußbedarf 1975 rund zehn Milliarden DM – macht eine grundsätzliche Überprüfung der bisherigen Bahnpolitik notwendig.

Die bisherigen hohen Defizite sind vor allem durch die strukturelle Schwäche des Bahnnetzes und die gemeinwirtschaftlichen Lasten bedingt. Durch eine Konzentration des Netzes und durch Investitionen soll ein optimales Schienennetz gefunden werden.

Das „Schrumpfnetz“ der Bundesbahn wird unter gesamtwirtschaftlichen, insbesondere verkehrs-, regional- und strukturpolitischen Aspekten geprüft werden. Ob die Verlagerung des Personen- und Frachtverkehrs auf andere Verkehrsträger möglich ist, muß individuell entschieden werden. Dabei müssen sich alle darüber im klaren sein, daß die Kosten für die Aufrechterhaltung betriebswirtschaftlich überfälliger, aber volkswirtschaftlich notwendiger Strecken und die gemeinwirtschaftlichen Lasten (Pensionsansprüche der ehemaligen Reichsbahner, Sozialtarife) von der öffentlichen Hand getragen werden müssen.

Von grundsätzlicher Bedeutung für die finanziellen Leistungen des Bundes an die Deutsche Bundesbahn wird die Abkehr von der Global-Subventionierung zur Einzelsubventionierung sein. Die verantwortlichen Gremien sollten jetzt in aller Sachlichkeit und Ruhe prüfen, welche Strecken aus gesamtwirtschaftlichen Gründen bleiben müssen. Der Verkehrsausschuß wird eingehend darüber beraten.

Soziale Härten sollen bei unvermeidlichen Streckenstilllegungen vermieden werden. Durch den natürlichen Abgang sollte der erforderliche Personalbestand und damit ein starkes Absinken des bisherigen Personalkostenanteils von fast 80 Prozent erreicht werden. Das Stilllegungskonzept der Bundesbahn kann eine Diskussionsgrundlage zur Sanierung der Bahn sein.

Porträt der Woche

Den Sport parlamentsfähig zu machen, das ist so eine Sache. Außerparlamentarisch nutzen auch Politiker gern das popularitätstfördernde Vehikel Sport, aber die Parlamente sind sich, scheint's, manchmal zu fein für die sogenannte schönste Nebensache der Welt.

Richard Winkels, Sozialdemokrat aus dem münsterländischen Warendorf, will das ändern. Der 55jährige gelernte Journalist fühlt sich und sein Anliegen zu Recht falsch bewertet. Denn noch nie hat das Plenum des Landtags über Sportpolitik debattiert, war es ihm deshalb auch selten vergönnt, Winkels' Stenortorbaß zu vernehmen. Das soll noch in dieser Legislaturperiode anders werden. Der Sportausschußvorsitzende aus dem „Mekka des Sports“ – Leistungszentrum für modernen Fünfkampf, Reiterzentrum, Sportzentrum der Bundeswehr, auch mit „Winkels-Zügen“ nach Warendorf geholt – will mit dafür sorgen, daß schon im nächsten Jahr das Parlament über den Sportbericht der Landesregierung debattiert. Dabei müsse die gesellschaftspolitische und soziale Stellung des Sports endlich einmal „ganz deutlich“ werden, sagt Winkels.

Er rechnet es sich als bescheidenes Verdienst mit an, daß es neben der sogenannten „Kohlefraktion“ auch so etwas wie eine „Sportfraktion“ aus Abgeordneten aller drei Parteien im Landtag gibt. Ohnehin kennt er kaum Parteien, sondern vor allem Sportler – drei bis vier Millionen allein in NRW, welche Wählermassen! Sie können die Vorstellungskraft eines Politikers schon fesseln. Und dazu gibt das Land in diesem Jahr eine halbe Milliarde Mark für die Sportförderung aus.

Solche Summen wollen richtig verteilt sein. Nach des Sozialdemokraten Winkels Vorstellung hauptsächlich für Breitensport und damit aktive Freizeitgestaltung, erst dann für den Leistungssport. Den Profis sollen Etat-Millionen nicht in die ohnehin schon vollen Taschen fließen. Der Leistungssport im übrigen dürte nicht zum Überlaufbecken gesteigerten Nationalgefühls entarten. Krieg, auch wenn er nur in den Sportarenen stattfindet, habe hier eigentlich nichts mehr verloren. Das Wort Wettkampf kommt in Winkels' Vokabular nicht vor.



Richard Winkels (SPD)

Der Abgeordnete Winkels möchte auch den Kompetenzwirrwarr beseitigt sehen. Der Sport sei eine viel zu wichtige Sache, als daß sich fast alle Ministerien darum kümmern dürften. Durch die Verzettelung der Zuständigkeiten werde die Wirkung der staatlichen Fördermaßnahmen stark in Frage gestellt. Und deshalb macht sich Winkels dafür anheischig, daß Sportliches künftig in einer Hand gebündelt werde, nach seiner Meinung am besten in der des Kultusministers. Sportpolitik, findet der Politiker Winkels, sei „heute mehr denn je auch Freizeitpolitik“. Da seien neue Wege zu gehen. An Altersport, gar Altersportvereine zu denken, liegt beispielsweise nahe. Die Gemeinschaft aller als eine Art gemeinnütziger Sportverein, organisiert in einer wochenendlichen Freizeitgesellschaft, das ist eine Vorstellung.

Eine andere Vorstellung ist die des auch in seiner Partei sportpolitisch höchstengagierten Parlamentariers: Winkels möchte für die Düsseldorfer Abgeordneten im neu zu bauenden Landtag einen Fitneß-Winkel haben. Ein Schwimmbecken für die streßgeplagten zweihundert Abgeordneten wäre „kein Luxus“, meint er. Und der Westfale Winkels, der vor lauter politischen Verpflichtungen auf aktives Sportmachen verzichten mußte, will auch nicht lockerlassen. Die Sportfraktion zieht da wohl auch mit. Denn ob Fußballkreisklasse, Schwangerschaftsgymnastik oder Spitzenleichtathletik oder Profifußball: Sport ist eben wohl eine der neuen sozialen Fragen. Und die Einigkeit in dieser Frage sei ebenso nötig wie erfreulich, sagt Winkels frisch auf.

Bernd Kleffner